Sultani gg. Frankreich

Urteil vom 20.9.2007

Kammer III

Bsw. Nr. 45.223/05

Verfahrensgarantien bei Ausweisung

Art. 3 EMRK

Art. 4 4. Prot. EMRK

Sachverhalt:

Der Bf. ist afghanischer Staatsangehöriger. Er gehört der ethnischen Minderheit der Tadschiken an. Sein Vater war Funktionär der kommunistischen Partei in Ghouri, Provinz Baghlan. Nach dem Ende des kommunistischen Regimes 1992 wurden derartige Aktivitäten von der neuen politischen Führung als Hochverrat betrachtet. Der Familie des Bf. wurde insbesondere von einem ehemaligen Bandenführer, einem gewissen Arab Nourak, mit Feindseligkeiten begegnet, die in der Ent eignung ihres Grund und Bodens und in einem Granatenangriff auf ihr Haus, bei dem der Bf. leicht verwundet wurde, kulminierten.

In der Folge nahm die Familie Zuflucht in Pakistan. Im Dezember 2002 traf der Bf. in Frankreich ein, wo er Asyl begehrte. Am 6.8.2003 wurde sein Antrag vom Flüchtlingsamt (*Office Français de Protection des Réfugiés et Apatrides*) mit der Begründung abgewiesen, die von ihm geschilderten Ereignisse stünden einer Rückkehr nach Afghanistan nicht entgegen, da sie bereits Jahre zurücklägen und das Land mittlerweile einen politischen Wechsel erlebt habe. Die Entscheidung wurde von der Beschwerdekommision für Flüchtlingsfragen bestätigt, worauf der Bf. aufgefordert wurde, das Land zu verlassen.

Ende 2004 wurde die in Pakistan lebende Familie des Bf. nach Afghanistan abgeschoben, wo sie neuerlich Verfolgungen durch Arab Nourak ausgesetzt war. Laut dem Bf. flüchtete sie erneut nach Pakistan. Seit diesem Zeitpunkt habe er nichts mehr von ihr gehört.

Im September bzw. Dezember 2005 wurde der Bf. zur lokalen Flüchtlingsaufnahmestelle bestellt, wo er gemeinsam mit den aus Afghanistan kommenden Neuankömmlingen befragt wurde. Er gibt an, die französische Polizei habe offensichtlich beabsichtigt, nach Nationalitäten abgestufte Gruppenflüge zu organisieren, was einer konventionswidrigen Kollektivausweisung gleichkomme.

Am 14.12.2005 wurde gegen den Bf. ein Ausweisungsbefehl erlassen und er in Ver wahrungshaft genommen. Eine Beschwerde an das Verwaltungsgericht verlief erfolglos. Der Bf. wandte sich darauf an das *Tribunal de grande instance* und brachte vor, er wolle nicht in sein Heimatland zurückkehren, da er Angst um sein Leben und gesundheitliche Probleme habe, zudem könne er neue Fakten vorweisen. In der Folge wurde die Verwahrungshaft verlängert, um die vom Bf. aufgeworfenen Fragen einer Klärung zuzuführen.

Am 19.12.2005 erhob der Bf. Beschwerde an den EGMR. Einen Tag später ordneten die Fremdenpolizeibehörden seine sofortige Außerlanderschaffung an, da sein Antrag einzig und allein dazu gedient habe, seinen Aufenthalt in Frankreich zu verlängern. Noch am selben Tag empfahl der Präsident des EGMR der französischen Regierung in Anwendung von Art. 39 der Verfahrensordnung, den Bf. nicht nach Afghanistan abzuschicken.

Am 20.12.2005 verließ ein Flugzeug mit einer Gruppe Afghanen Frankreich in Richtung Afghanistan.

Am 9.1.2006 stellte der Bf. einen weiteren Asylantrag, der vom Flüchtlingsamt am folgenden Tag mit dem Hinweis abgewiesen wurde, er sei zu vage formuliert, ferner bestünden keine konkreten Hinweise, dass die vom Bf. aufgestellten Behauptungen wahr seien und seine Furcht vor Misshandlung wohlbegründet sei. Der Bf. erhob darauf eine Eingabe bei der Beschwerdekommision für Flüchtlingsfragen, die noch anhängig ist.

Rechtsausführungen:

Der Bf. bringt vor, seine Abschiebung würde eine Verletzung von Art. 3 EMRK (hier: *Verbot der unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung*) darstellen. Er rügt ferner Verletzungen von Art. 4 4. Prot. EMRK (*Verbot der Kollektivausweisung von Ausländern*), Art. 6

EMRK (*Recht auf ein faires Verfahren*) und von Art. 1 7. Prot. EMRK (*Verfahrensgarantien bei Ausweisung*).

Zur behaupteten Verletzung von Art. 3 EMRK:

Der Bf. bringt vor, seine Rückschaffung nach Afghanistan würde ihn angesichts der feindlichen Haltung der afghanischen Behörden, die auf ethnischen und politischen Gründen beruhe, der Gefahr unmenschlicher bzw. erniedrigender Behandlung aussetzen. Er beklagt sich außerdem über die Art und Weise der Durchführung des fremdenrechtlichen Verfahrens und über die Tatsache, dass die Prüfung seines zweiten Asylantrags innerhalb kürzester Zeit vorgenommen worden sei.

1. Zur Zulässigkeit der Beschwerde:

Die Regierung wendet ein, der Bf. hätte den innerstaatlichen Instanzenzug nicht ausgeschöpft, da das Rechtsmittel gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts noch anhängig sei, was auch für seine gegen die Entscheidung des Flüchtlingsamts vom 9.1.2006 erhobene Eingabe bei der Beschwerdekommision für Flüchtlingsfragen gelte.

Der GH merkt an, dass über ersteres Rechtsmittel mittlerweile, nämlich am 4.7.2006, entschieden wurde. Beiden Rechtsbehelfen ist gemeinsam, dass sie keine aufschiebende Wirkung hatten. Insofern ist an seine ständige Rechtsprechung zu erinnern, wonach in Fällen, in denen eine Person behauptet, bei ihrer Rückkehr einer Art. 3 EMRK widersprechenden Behandlung ausgesetzt zu sein, Rechtsmittel ohne aufschiebende Wirkung nicht als *effektiv* iSv. Art. 35 Abs. 1 EMRK bzw. Art. 13 EMRK betrachtet werden können. Die Einrede der Regierung ist daher zu **verwerfen** und dieser Beschwerdepunkt – da nicht offensichtlich unbegründet iSv. Art. 35 Abs. 3 EMRK – für **zulässig** zu erklären (einstimmig).

2. In der Sache selbst:

Im vorliegenden Fall wurden die Asylanträge des Bf. einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. Sie wurden zuerst im regulären und dann im vereinfachten Verfahren abgehandelt. Die bloße Tatsache, dass der zweite Asylantrag im Schnellverfahren und somit innerhalb sehr kurzer Frist erledigt wurde, bietet keinen Grund zur Annahme, die durchgeführte Untersuchung sei ineffektiv gewesen. Das Vorbringen des Bf. in seinem ersten Asylantrag ist vom Flüchtlingsamt und dann von der Beschwerdekommision für Flüchtlingsfragen eingehend geprüft worden. Sie kamen beide zu dem Ergebnis, dass einer Rückkehr des Bf. nach

Afghanistan nichts entgegenstehe und sein Asylantrag deshalb abzuweisen sei. Unter diesen Umständen war die Prüfung des zweiten Asylantrags im Schnellverfahren, in dem sich das Flüchtlingsamt auf die Prüfung der Frage beschränkte, ob neue Gründe für ein Abgehen von seiner ersten Asylentscheidung sprechen würden, angemessen.

Was die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte anlangt, setzten sich beide Instanzen mit der Abweisung des zweiten Asylantrags auseinander. Hervorzuheben ist die detaillierte Begründung, die das Verwaltungsgericht zweiter Instanz für seine Entscheidung abgab.

Was das vom Bf. angesprochene Risiko einer Misshandlung angeht, konnte dieser lediglich darlegen, dass in Afghanistan weit verbreitete Gewalt herrscht. Eine derartige Situation vermag im Ausweisungsfall jedoch nicht automatisch zu einer Verletzung von Art. 3 EMRK zu führen. Der Bf. hat hinsichtlich seiner persönlichen Lage keinerlei schlüssigen oder nachvollziehbaren Hinweis geliefert, in seiner Eigenschaft als Angehöriger einer Minderheit einer besonderen Bedrohung ausgesetzt zu sein. Im Gegensatz zu seinem Vater ist er auch kein ehemaliger Funktionär der kommunistischen Partei. Es ist daher nicht ersichtlich, dass er persönliche Repressionen in seinem Heimatland zu vergewärtigen hätte.

Der Bf. konnte somit nicht glaubhaft machen, seine Abschiebung nach Afghanistan würde eine erniedrigende oder unmenschliche Behandlung nach sich ziehen. **Keine Verletzung von Art. 3 EMRK** (einstimmig).

Zur behaupteten Verletzung von Art. 4 4. Prof. EMRK:

Da dieser Beschwerdepunkt nicht offensichtlich unbegründet iSv. Art. 35 Abs. 3 EMRK ist und auch sonst keine Unzulässigkeitsgründe hervorgekommen sind, ist er für **zulässig** zu erklären (einstimmig).

Der GH erinnert an seine ständige Rechtsprechung, wonach von einer Kollektivausweisung dann die Rede ist, wenn eine Gruppe von Ausländern gezwungen wird, das Land zu verlassen, außer es findet eine angemessene und objektive Prüfung jedes einzelnen Falls statt. Die Tatsache, dass mehrere Ausländer Gegenstand gleichartiger Ausweisungsentscheidungen sind, vermag für sich allein noch keine Kollektivausweisung darzustellen, solange der Einzelne vor den Behörden jedwede Argumente vorbringen kann, die gegen seine Ausweisung sprechen.

Im vorliegenden Fall nahm der Bf. zwar nicht an dem von den französischen Behörden

organisierten Gruppenflug nach Afghanistan vom 20.12.2005 teil, jedoch nimmt das seiner Beschwerde entgegen dem Vorbringen der Regierung nicht die Berechtigung.

Im Zuge der Prüfung der beiden Asylanträge berücksichtigten die Behörden nicht nur die in Afghanistan aktuell vorherrschenden Verhältnisse, sondern auch die vom Bf. vorgebrachten Argumente hinsichtlich seiner persönlichen Situation und der im Falle seiner Abschiebung in sein Heimatland drohenden Gefahr einer Misshandlung. Der GH ist daher der Ansicht, dass der Fall des Bf. individuell geprüft wurde und ausreichende Gründe für die Ausweisung vorgebracht wurden. **Keine Verletzung von Art. 4 4. Prot. EMRK** (einstimmig).

Zu den behaupteten Verletzungen von Art. 6 EMRK und Art. 1 7. Prot. EMRK:

Der Bf. beanstandet, dass weder die Fremdenpolizeibehörden noch das Flüchtlingsamt anlässlich der Prüfung seines zweiten Asylantrags die Verfahrensgarantien des Art. 6 EMRK bzw. Art. 1 7. Prot. EMRK beachtet hätten.

Der GH hält fest, dass Entscheidungen über die Einreise, den Aufenthalt und die Außerlanderschaffung von Fremden weder *zivilrechtliche Ansprüche und Verpflichtungen* noch eine *strafrechtliche Anklage* iSd. Art. 6 EMRK betreffen. Diese Konventionsbestimmung ist somit nicht anwendbar.

Zu Art. 1 7. Prot. EMRK ist zu sagen, dass die darin enthaltenen Garantien nur auf Ausländer Anwendung finden, die sich rechtmäßig im Hoheitsgebiet eines Konventionsstaates aufhalten. Ab Einleitung des Ausweisungsverfahrens konnte der Bf. jedoch nicht mehr einen gültigen Aufenthaltstitel im Inland vorweisen. Art. 1 7. Prot. EMRK findet daher keine Anwendung auf den vorliegenden Fall.

Dieser Beschwerdepunkt ist gemäß Art. 35 Abs. 3 iVm. Abs. 4 EMRK wegen Unvereinbarkeit mit der Konvention *ratione materiae* als **unzulässig** zurückzuweisen (einstimmig).

Vom GH zitierte Judikatur:

Andric/S v. 23.2.1999 (ZE).

Čonka/B v. 5.2.2002

⇒ NL 2002, 22.

Schöpfer